WerkstattGeschichte 15, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1996, S. 96-97

■ Denunzianten und Denunziationen

Das Projekt »Denunziationspraxis am Oberrhein. Eine Analyse von Machttechniken innerhalb des Entwicklungsprozesses moderner Staatlichkeit an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert«, geleitet von Prof. Claudia Ulbrich unter Mitarbeit von Michaela Hohkamp und finanziert von der Volkswagenstiftung, existiert seit April 1996. Es wird von Dietlind Hüchtker und Christiane Kohser-Spohn an der Freien Universität Berlin bearbeitet. Die Bearbeiterinnen verstehen Denunziationen als eine Form des Verhaltens der Bevölkerung gegenüber staatlichen Institutionen in einer Zeit, die soziale und politische Antagonismen neu definierte. Hierbei entstand ein neues und modernes Konzept von Politik, das das politische Feld zum Ort der Trennung zwischen »Freund« und »Feind« werden ließ. In diesem Feld erschien die Denunziation als ein fundamentaler politischer Akt, der denjenigen stigmatisierte, der als ein gegen Normen verstoßender innerer oder äußerer Feind empfunden wurde – gleichgültig, welche historische Form die Autorität auf beiden Seiten des Rheins angenommen hatte. Denunziationen waren eine Form der Artikulation politischer Zustimmung und /oder bürgerlicher Selbstthematisierung, egal, ob sie sich wie in Konstanz und Freiburg auf die »demokratisches Gesindel« genannten städtischen und ländlichen Unterschichten bezogen oder in Karlsruhe Vagierende bzw. in Straßburg die konterrevolutionären Aktivisten im Dienste des Kardinals de Rohan meinten.

Auf der linken Rheinseite etablierte die Französische Revolution aus dem Gemeinwohldenken heraus neue politische Normen, innerhalb derer Denunziationen sich aus Sorge um die Sicherung der neuen Gesellschaft legitimierten und daher als Ausdruck staatsbürgerlicher Gesinnung galten. In Straßburg hatte beispielsweise die Weigerung des Klerus, auf die Verfassung zu

schwören, schon im Juli 1790 eine religiöse Krise ausgelöst, die die Errungenschaften der Revolution bedrohte. Dieser Konflikt wurde durch die massive konterrevolutionäre Propaganda des von der anderen Rheinseite aus agierenden Kardinals de Rohan geschürt, der nicht nur Straßburg mit Flugblättern und »Brandbriefen,« mit »agents provocateurs« oder mit als Vagabunden oder als Kolporteure getarnten Spionen überschwemmte. Zur Verunsicherung der Bevölkerung bediente er sich überdies einer ausgesprochen effizienten Waffe: des Gerüchts. Dieses Gerücht bezichtigte zum einen die konstitutionellen Lutheraner, sich die Straßburger Kathedrale anzueignen, oder verdächtigte zum anderen die Stadtverwaltung, die Kirchengebäude schließen zu wollen. Das Gerücht, die wohl bewaffnete Wache des Kardinals marschiere auf Straßburg, löste eine »grande peur urbaine« aus.

In dieser spannungs- und konfliktreichen Situation konnte die Stadtverwaltung weder auf die Effizienz und Kompetenz der Polizei noch auf die Loyalität der Organe des Départements oder auf die Unparteilichkeit der juristischen Instanzen zählen. So wurde die Denunziation für die städtische Verwaltung ein wesentliches Werkzeug, das sie institutionell verankerte und zur Konsolidierung ihrer Macht stützte. Da also die neuen politischen Institutionen in Straßburg offenbar noch nicht genügend gefestigt waren, erschien die Denunziation als ein staatsbürgerlicher Akt der Solidarität zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und der neuen politischen Ordnung. Unter diesem Aspekt ist es nicht verwunderlich, daß gerade diejenige soziale Gruppe denunzierte, die der Revolution am nächsten stand: die »petite et moyenne bourgeoisie«. Hierzu gehörten u.a. Handwerksmeister und Gesellen, Händler, Kaufleute und Militärs niederer Ränge. Mit der denunziatorischen Praxis drückten sie ihren Willen aus, am politischen Leben aktiv teilzunehmen.

Seit dem Beginn des Terreur 1793 veränderte sich die Funktion der Denunziation. Sie war zwar immer noch ein Mittel zur Festigung des Konsenses durch die Zurückwerfung des »Feindes«, aber der »Feind« wurde allgemein der »Andere«. Der Terreur kehrte den Sinn der Denunziation um, indem sie nun weniger den »Feind« bezeichnete als zum Mittel wurde, die eigene »Freundschaft« gegenüber dem Regime zu beweisen. Der »Andere« war das Medium, durch das sich Bürgersinn und Patriotismus beweisen ließ. Deshalb trafen die Denunziationen beliebige Personen: den Metzger »fanatique au plus haut degré et gangrené de la peste contre-revolutionnaire», weil er die Wurst etwas zu teuer verkauft hatte, oder die Bürgerin, die »un mauvais esprit« bewiesen hatte, indem sie Dialekt sprach. In dem Maße, wie der Terreur die Motive für denunziatorisches Verhalten veränderte, wechselten auch die Inhalte der Denunziationen. Die Beliebigkeit und die Nichtswürdigkeit, die die Denunziationen von nun an begleiteten, zeigten, daß die revolutionäre Begeisterung verschwunden war und der Pakt zwischen Staat und Bevölkerung gebrochen war.

Im Vordergrund des Forschungsprojekts stehen weniger die Funktionsmechanismen der staatlichen Gewalt als vielmehr das Selbstverständnis der Bevölkerung bzw. der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen als Objekte der staatlichen Gewalt einerseits, und auf diese Gewalt Einfluß ausübende Subjekte andererseits. Denunziationen sind im diesem Sinne auch Selbstzeugnisse der »citoyens« in der gesellschaftlichen und politischen Umbruchsphase. In Denunziationen drückt sich damit eine bestimmte Form der Kommunikation zwischen Obrigkeit und Bürgern aus: nicht nur das fundamentale Mißtrauen der Obrigkeit gegenüber den Bürgern, sondern auch der Verlust oder zumindest die Brüchigkeit der Solidarität der Bürger mit der Obrigkeit.

CHRISTIANE KOHSER-SPOHN